



Wien



Aktuelle Berichte:

Dossiers



NÖ-Wahlen 2008



US-Wahlen 2008



Konflikt Türkei - Kurdistan



Vignette 2008



Pandababy



Parken in Wien

Prüfbericht: Plakafirma soll billigere Tarife als Konkurrenz lukrieren

Gewista: Kontrollamt verurteilt Begünstigung

Von Christian Mayr

- "Preisniveau nicht marktwirtschaftlich."
- Bedenkliche Nähe zur Stadt Wien.



Paradiesische Zustände unter dem Stadtwappen: Kontrollamt sieht Bevorzugung der Plakafirma Gewista. Foto: apa

Wien. Schon seit Jahren wird das Naheverhältnis zwischen Stadt Wien und der Plakafirma Gewista von

Politikern und Medien kritisch beäugt. Nun stößt sich erstmals die höchste Kontrollinstanz der Stadt Wien – das Kontrollamt – daran und erachtet die Beziehung als "bedenklich": Es bestehe "erhöhter Handlungsbedarf", heißt es in einem brisanten, der "Wiener Zeitung" vorliegenden Prüfbericht. In etlichen Punkten setzt es scharfe Kritik:

Das Kontrollamt erhebt den Verdacht, dass die Gewista gegenüber anderen Firmen bevorzugt wird. Ein Beispiel: Eine Konkurrenzfirma müsse für eine bewegliche Werbetafel ("Rolling Board") das Maximum von 3450 Euro Entgelt an die Stadt zahlen. Die Gewista hingegen habe in zumindest einem Fall gar nichts bezahlt. "Der geschilderte Sachverhalt deutete in diesem Fall auf eine nach dem Beihilferecht bedenkliche Begünstigung durch Dienststellen der Stadt Wien hin."

Diese These wird anhand von Exklusivitätsklauseln in Verträgen untermauert: So fanden die Prüfer auf der Magistrats-Homepage Musterverträge, in denen die Gewista bereits als Mieterin standardisiert vorgegeben war. Gab es auf Grundstücken noch Möglichkeiten für Plakatlflächen, so mussten diese zuerst der auf dem Areal bereits aktiven Firma – meist die Gewista – angeboten werden. Laut Kontrollamt sei damit "die Möglichkeit eines Preiswettbewerbes (. . .) faktisch ausgeschlossen".

Auch was die Preise an sich betrifft, setzt es eine Rüge: "Wie festzustellen war, stand die Frage der Erzielung eines marktgerechten Mietentgeltes nicht im Zentrum der (. . .) Nutzungsvereinbarungen." So habe die Stadt 2006 auf ihren Flächen nur rund 360.000 Euro an Einnahmen erzielt, die in Summe wesentlich kleineren Privatgründe hätten aber 500.000 Euro abgeworfen. "Diese Gegenüberstellung zeigt, dass (. . .) das marktwirtschaftliche Preisniveau bei weitem nicht erreicht ist."

Euro 2008: Fiaker haben gemischte Gefühle

[zum Artikel](#)

Steinhof-Toter ohne Analyse begraben

[zum Artikel](#)

"Nichts gegen Ausländer, aber . . ."

Die "Balkanmeile" auf der Ottakringer Straße gerät in letzter Zeit zunehmend in Verfall: Ein Lokalausweis

[zum Artikel](#)

Psychiatrie: Kripo ermittelt im Otto-Wagner-Spital

[zum Artikel](#)

Richtiges Verhalten bei Sturmwarnung

[zum Artikel](#)

Teppichreinigen mit Sauerkraut

[zum Artikel](#)

Festival: Der Balkan beginnt in Ottakring

[zum Artikel](#)

Sozialpädagogisches Projekt oder Punkhaus?

Die Punks in der Johnstraße 45 verweigern die Sozialarbeiter-Betreuung

[zum Artikel](#)

Bank: Belohnung für Hinweise

[zum Artikel](#)

Gemeinderat mit Psychiatrie und Spital-Nord

[zum Artikel](#)

1 2

Kurios ist, dass das Rathaus nicht richtig über den Plakatwald Bescheid weiß: Keine der Abteilungen habe "eine genaue Kenntnis über die aktuelle Anzahl der jeweiligen Werbeflächen".

Das Kontrollamt kommt letztlich zu dem Schluss, dass "das historisch gewachsene Naheverhältnis der Stadt Wien" zur Gewista beim Vergabe-Prozedere erkennbar wäre. Die Gewista war nämlich früher in Stadt-Besitz, ist aber mittlerweile privatisiert.

Allerdings nicht wirklich, wendet ÖVP-Klubchef Mattias Tschirf ein, da ein Drittel die "Progress Beteiligungsgesellschaft" besitze: "Und da ist indirekt die Wiener SPÖ beteiligt. Daher dient die Gewista zur Verbreitung der roten Werbebotschaften und als Einnahmequelle für die Partei", folgert Tschirf, der harte Konsequenzen aus dem Kontrollamts-Bericht fordert.

Dienstag, 22. Jänner 2008

Kommentar senden:

Name:

Mail:

Überschrift:

Postadresse: *

**Text (max. 1500
Zeichen):**

* Kommentare werden nicht automatisch veröffentlicht. Die Redaktion behält sich vor Kommentare abzulehnen. Wenn Sie eine Veröffentlichung Ihrer Stellungnahme als Leserbrief in der Druckausgabe wünschen, dann bitten wir Sie auch um die Angabe einer nachprüfbaren Postanschrift im Feld Postadresse. Diese Adresse wird online nicht veröffentlicht.